

blik, für eine solche nationale Wiedervereinigung Deutschlands, die den Frieden und die friedlichen Interessen der Deutschen und aller anderen Völker garantiert.

Und wenn die Völker Frankreichs, der USA, Großbritanniens und anderer kapitalistischer Länder uns in diesem Kampf unterstützen, so würden sie der Entspannung, dem Frieden und uns Deutschen einen großen Dienst erweisen.

Die große Verantwortung der Westdeutschen

An der Schwelle des dritten Jahrzehnts nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges wenden sich die Volkskammer, der Staatsrat, die Regierung und die Nationale Front des demokratischen Deutschland an die Westdeutschen und fordern sie auf, das Ihre zu tun, damit aus Westdeutschland ein friedlicher Staat ohne Atomrüstung, ohne Revanchismus werde.

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, das Ihre zu tun, damit die Vergangenheit auch in der westdeutschen Bundesrepublik endlich bewältigt, Monopole, Militarismus und Imperialismus endlich entmachtet werden, die die Einheit Deutschlands verhindern und das Leben unseres Volkes bedrohen.

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, das Ihre zu tun, damit zwischen beiden deutschen Staaten eine Verständigung über Abrüstung und über den Verzicht auf Kernwaffen in jeder Form, einschließlich der Erlangung der Verfügungsgewalt über sie, zustande kommt.

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, die Herstellung normaler sachlicher Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten zu erzwingen.

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, ihre Regierung zu zwingen, alle Pläne des Eindringens in die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder und ihre Eroberung preiszugeben und; endlich zu begreifen, daß die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht ungeschehen gemacht werden können.

Wir fordern die westdeutschen Bürger auf, zu begreifen, daß am Anfang jeder Wiedervereinigungspolitik die Respektierung der in Deutschland und in Europa bestehenden Realitäten steht. *Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage kann es weder ohne die Deutsche Demokratische Republik, noch gegen sie geben.*

Wir fordern die Bürger Westberlins auf: Laßt Euch nicht hineinziehen in die abenteuerliche Revanchepolitik der in Westdeutschland zur Zeit noch herrschenden Kräfte. Ihr müßtet nämlich die Zeche bezahlen. Nur bei korrekten und sachlichen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten können Eure friedlichen Interessen gedeihen.

Wir bitten die Völker und Regierungen der ganzen Welt: Fördern Sie die friedliche Regelung des deutschen Problems, indem Sie für die Abrüstung und eine atomwaffenfreie Zone in Europa, gegen das Mitverfügungsrecht der westdeutschen Bundesrepublik über atomare Waffen in irgendeiner Form und für normale und gleichberechtigte Beziehungen zu beiden deutschen Staaten eintreten.

Am 20. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von der Hitler-Barbarei erklären wir den westdeutschen Bürgern, daß *die Deutsche Demokratische Republik bereit ist, jeden aufrichtigen, sachlichen Vorschlag zur Entspannung und Verständigung zu erörtern.*

An der Schwelle des dritten Jahrzehnts nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wenden sich die Volkskammer, der Staatsrat, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Nationale Front des demokratischen Deutschland *an die Völker, Parlamente und Regierungen der Welt* mit dem dringenden Appell, das Ihre zur Festigung des Friedens im Herzen Europas beizutragen.

Es geht darum, den Gefahren zu begegnen, die sich infolge der westdeutschen Atomrüstungs- und Revanchepolitik in Europa erheben. Es geht darum, allen europäischen Staaten wirksame gegenseitige Garantien zu schaffen, die sie vor neuen Aggressionen bewahren.

Es geht darum, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ohne Diskriminierung und zum gegenseitigen Nutzen zwischen allen europäischen Staaten zu entwickeln. Eine für alle Völker nützliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf der Grundlage der Achtung, der Souveränität und der Gleichberechtigung ist das Gebot unserer Zeit.

Was not tut, ist eine Verständigung der europäischen Staaten über die Abrüstung und das friedliche Zusammenleben.

Was not tut, sind erste wirksame Schritte, um dringende Fragen der europäischen Sicherheit zu regeln und das internationale Vertrauen zu festigen.